

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1837**

27.7.1837 (No. 206)

# Karlsruher Zeitung.

Nr. 206.

Donnerstag, den 27. Juli.

1837.

Baden.

## Landtagsverhandlungen.

66te öffentliche Sitzung der 2ten Kammer vom 25. Juli.  
(Schluß.)

### §. 2. Neubauten.

v. Ißlein bringt im Namen des abwesenden Abg. Buhl, Vertreter des Bezirks, die Aufnahme der Straße von Ruggensturm über Bischweiler nach dem Murathal in den Chausseeverband, unterstützt vom Abg. Schaaß, dringend in Erinnerung, nachdem sich beide Kammern wiederholt hiefür ausgesprochen, und die Regierung die Nothwendigkeit anerkannt. Staatsminister Winter erklärt, es fehle an nichts, als an der Geldebewilligung; übrigens müsse er als Antwort auf alle für neue Straßenanlagen vorgebrachten Wünsche bemerken, daß sich die Regierung mit der Entwerfung eines allgemeinen Straßenplans beschäftige, welche dem kommenden Landtage vorgelegt werden würde. Darnach sollten zu dem Aufwand für gewisse Klassen von Straßen auch die Gemeinden, denen sie zunächst zu gut kommen, Beiträge leisten, und es werde sich zeigen, ob alsdann die Wünsche auf neue Straßen von den Gemeinden noch so lebhaft betrieben werden, wie es jetzt der Fall gewesen sey! Er bezweifle dieses. (Stimme: Wir auch.)

Die Kammer bewilligt hierauf, in Uebereinstimmung mit dem Kommissionsantrag, die für Neubauten verlangten 58,300 fl. pr. Jahr.

### §. 3. Kosten der Aufsicht durch die Straßenmeister.

Die Kommission schlägt vor, die von der Regierung verlangten 13,320 fl. pr. Jahr zu bewilligen. Angenommen.

## II. Wasserbau;

### A. Rheinbau.

### §. 4. Gewöhnliche Unterhaltung.

Hiefür werden die von der Regierung und der Kommission beantragten 102,415 fl. für jedes Budgetjahr bewilligt.

### §. 5. Neubauten.

v. Ißlein erinnert, vom Abg. Buhl beauftragt, an die durchaus und unverschieblich nothwendigen Verbesserungen an den Rheindambauten bei Pflittersdorf, wo kürzlich erst ein Dammbrech stattgefunden habe. Abg. Schaaß schließt sich diesen Bemerkungen an und Staatsminister Winter gibt, nachdem auch der Abg. Gerbel, welcher über eine diesfallsige Petition der Gemeinde Pflittersdorf zu berichten hat, sich hiefür ausgesprochen, beruhigende Zusicherung.

Die Kammer nimmt den Budgetsatz der Regierung, welchem die Kommission beiträt, mit 144,007 fl. pr. Jahr an.

§. 6. Kosten durch Aufsicht der Dammeister und Pegelbeobachter.

Die verlangten 4326 fl. pr. Jahr werden nach dem Antrag der Kommission bewilligt.

### B. Binnenflüsse.

### §. 7. Gewöhnliche Unterhaltung.

§. 8. Neubauten an Binnenflüssen nach dem gewöhnlichen Etat.

Hiefür werden, auf den Antrag der Kommission, nach einigen Bemerkungen der Abgeordneten Knapp und Schindinger, die geforderten Summen

a) für gewöhnliche Unterhaltung	47,290 fl.
b) für Neubauten	41,026 fl.

pr. Jahr 88,316 fl.

bewilligt; ebenso jene

ad §. 9. Kosten der Aufsicht durch Dammeister und Pegelbeobachter,

im Betrag von 1550 fl. pr. Jahr, und ferner jene

ad §. 10. Unterhaltung des Leinpfades und der Wasserstraßen,

mit der jährlichen Summe von 10,350 fl.

## III. Administration.

### 1. Bezirksverwaltung.

Die unbeanstandeten Positionen der hierauf bezüglichen §§. 11 bis 18 werden ohne Diskussion angenommen.

### 2. Zentralverwaltung.

### §. 19. Besoldungen,

bleibt bis zum nachträglichen Budget ausgesetzt.

Die weiteren Positionen für die Zentralverwaltung (§§. 20 bis 23), gegen welche nichts zu erinnern gefunden worden, werden von der Kammer genehmigt.

### Nachträgliches Budget.

### §. 11. Bezirksverwaltung.

Die Regierung verlangt, zur Vermehrung des Personals, 27,000 fl. per Jahr; die Kommission trägt darauf an, nur 25,000 fl. zu bewilligen.

Ministerialassessor v. Marschall begründet den Wunsch, daß die Forderung der Regierung in das Budget aufgenommen werde. Stößer nimmt diesen Antrag als den feintigen auf. Eander, Selham, Kern und Mördes unterstügen den Antrag; Hoffmann u. v. Ißlein aber ver-

ihelbigen den Kommissionsbericht und dessen Vorschlag. Staatsminister Winter und Staatsrath Nebenius motiviren die Forderung der Regierung. Seligam stellt den eventuellen Antrag, wenigstens weitere 1300 fl. ins Budget aufzunehmen.

Die Kammer nimmt diesen letzten Antrag an, und bewilligt somit 26 300 fl. per Jahr.

S. 14. Bureauverfen der Inspektoren.

Die Regierung fordert, zur Erhöhung der Aversen im Allgemeinen, so wie für jene der 4 neu anzustellenden Inspektoren, 2173 fl. per Jahr; die Kommission bewilligt nur 1663 fl. Letzterer Antrag wird angenommen.

S. 15. Voitureaversen (für die neu anzustellenden 4 Inspektoren).

Forderung der Regierung und Kommissionsantrag: 2650 fl. per Jahr. Angenommen.

S. 19. Zentralverwaltung. Besoldungen.

Die Regierung begehrt dormalen nicht die ganze Normalsumme, sondern nur 18 800 fl., was jedoch bei Anstellung eines Assessors nur um 100 fl. geringer ist, als der Normaletat. Die Kommission glaubt 17,800 fl., also 1000 fl. weniger, als die Forderung, in Antrag bringen zu dürfen, nämlich:

den dormaligen Effektivetat	14,400 fl.
für Besoldungsaufbesserungen	800 fl.
für zwei neu anzustellende Kollegialmitglieder	2600 fl.
Zusammen	17,800 fl.

Nach einigen Bemerkungen der Abgeordneten v. J. Stein, Bess, Kern und Hoffmann nimmt die Kammer den Kommissionsantrag an.

In Beziehung auf die Einnahmen

schlägt die Kommission vor:

dem Voranschlag der eigenen Einnahme der Wasser- und Straßenbauverwaltung für jedes der Budgetjahre zu 14,496 fl., und dem der darauf haftenden Lasten zu 406 fl. ebenfalls für jedes Jahr ihre Genehmigung zu ertheilen, —

welchem Vorschlag die Kammer ihre Zustimmung ertheilt.

Wege nimmt noch einmal den Wunsch des Abg. Schinzinger hinsichtlich der Verbesserungen der Dreifambrücke bei Freiburg auf und wird von den Abgeordneten Duttlinger, Kern, Schinzinger, v. Roueck, Bus, Martin, Schaeff u. A. unterstützt.

Die Kammer ertheilt sofort dem ganzen Budget des Straßen- und Wasserbaus die Zustimmung.

Ad B. Kommissionsbericht des Abg. Tresurt über das Budget von 1837/38 und 1838/39 für die Positionen: Unterrichtswesen, Wissenschaften und Künste, Kultus, milde Fonds und Armenanstalten.

Unterrichtswesen.

I. Akademischer Unterricht.

A. Universität Heidelberg.

Die Kommission beantragt die Bewilligung des Budgetsages mit jährlichen 85,223 fl.

Staatsrath Nebenius: „Meine Herren! Ihre verehr-

liche Kommission hat die durch das Budget begebene Gelegenheit ergriffen, in ihrem gehaltreichen Bericht eine Reihe auf das Unterrichtswesen bezüglicher Fragen zu besprechen. Sie hat dies auf eine Weise gethan, die ihr lebendiges Interesse für die Angelegenheiten des öffentlichen Unterrichts bezeugt. Ihre Absicht war aber nicht, die angeregten Fragen zu erschöpfen, ausführliche Verhandlungen darüber herbeizuführen und Anträge an die Regierung zu veranlassen; sondern sie will nur die Aufmerksamkeit der Regierung auf ihre Bedenken lenken. Ich werde mich daher ebenfalls ausführlicher Erörterungen, welche Ihnen obnehin bei dem reichlichen Stoff, den die heutige Tagesordnung darbietet, nicht willkommen seyn können, enthalten. Zunächst habe ich nur zu berühren, was der Bericht über den akademischen Unterricht im Allgemeinen sagt. In Beziehung auf die Bedenken, welche darin gegen die auf den Universitäten herrschende Lehrmethode geäußert wurden, kann ich die Versicherung ertheilen, daß auf unsern beiden Landesuniversitäten eine große Anzahl Lehrer keinzwegs versäumt, sich von den Fortschritten ihrer Zuhörer zu unterrichten. In allen, vorzüglich in den zahlreich besuchten Vorlesungen ist dies freilich nicht möglich; und es würde, um den Zweck, den der Hr. Berichterstatter will, vollständig zu erreichen, nichts übrig bleiben, als halbjährige oder jährliche Fakultätsprüfungen anzuordnen. Diese standen auch schon in Frage. Eine Bürgschaft für die gehörige Benützung des in freien Vorträgen bestehenden Unterrichts glaube die Regierung aber vorzüglich darin zu finden, daß in der Regel nur solche junge Leute zur Universität entlassen werden, welche die vollständige Lyzealbildung besitzen und daher auch schon ein reiferes Alter erreicht haben. — Die vielbesprochene Frage über die Kollegienelder hat allerdings ihre zwei Seiten. Man hält sie für schädlich, durch den Einfluß, den sie auf die Stellung der Schüler den akademischen Lehrern gegenüber ausüben und glaubt nicht, daß es eines äußern Antriebs solcher Art bedürfe, wo der innere Trieb zur Erfüllung der Lehrpflichten und die Liebe zu den Wissenschaften wirksam sey, welcher keine Anstrengung zu groß ist. Allein, wenn überall solche Anstrengung ihre Ansprüche in äußeren Vortheilen geltend macht, so darf man sie dem Stande, von dem man wünschen muß, daß ihm stets die besten Kräfte und Talente zugeführt werden, auch nicht vorenthalten. Ich zweifle aber, daß man irgendwo geneigt seyn dürfte, so bedeutende Besoldungen zu verleihen, daß die akademische Laufbahn dem ausgezeichneten Talente noch gleich günstige Aussichten darböte, wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Noch weniger ist zu erwarten, daß man immer bei der Vertheilung der Gehalte das Maas treffen würde, welches so genau wie die Kollegienelder dem wahren Verdienste entspricht. — Die angeregte Frage steht übrigens mit einer Reihe von andern Fragen, wie namentlich über die Verhältnisse der Privatdozentenschaft, im Zusammenhange, und kann ohne allzugroße Abschweifungen nicht näher erörtert werden. Im Allgemeinen erlaube ich mir nur noch zu bemerken,

daß wir uns in den Einrichtungen unserer Universitäten nicht von den in andern deutschen Ländern bestehenden entfernen dürfen, wenn sie ihren bisherigen Charakter gemeinsamer deutscher Lehranstalten nicht verlieren sollen. Das Gute und Nahnsvolle, was man den deutschen Hochschulen verdankt und die Mängel, die ihnen, wie allen menschlichen Einrichtungen anleben, stehen zum Theile in Wechselwirkung; man kann manche Gebrechen nicht heilen, ohne zugleich Gutes zu zerstören oder ein anderes Uebel hervorzurufen. Was zur Verbesserung aber noch zu thun ist, möchte darin bestehen, daß man sich genauer von den auf andern Universitäten bestehenden Einrichtungen unterrichtet, um, was anderwärts mit günstigem Erfolge versucht worden, auf unsere Hochschulen zu übertragen."

Schrift: Die Universität Heidelberg bezieht aus der Kirchencaffine Rheinschloßheim einen jährlichen Beischuß von 2200 fl. Es scheint dies gegen die Verfassung zu gehen, wonach Stiftungen ihrem Zwecke nicht entzogen werden sollen, welche Bestimmung hier um so mehr zur Anwendung zu kommen hat, als Hanau, als ehemalige abgesonderte Provinz, mit der Universität Heidelberg in keinem Verhältnis stand.

Die Regierungskommissäre Minister Winter u. Staatsrath Nebenius führen aus, daß der Fond, aus dem dieser Beischuß geschöpft werde, kein Lokalfond sey, vielmehr nicht nur einen allgemeinen Charakter habe, sondern zugleich ein solcher wäre, den die Regierung in Gemäßheit des Reichsdeputationshauptschlusses einzuziehen berechtigt gewesen wäre. Dies sey aber nicht geschehen, und die Regierung beabsichtige überdies, die Studierenden aus diesem Bezirke vorzugsweise zu berücksichtigen.

Schrift: Die erhaltenen Aufklärungen der Herren Regierungskommissäre befriedigen mich nicht gänzlich, und ich werde mir vorbehalten, auf dem nächsten Landtage diesen Gegenstand nochmals und in einer andern Form zur Sprache zu bringen.

Welcker schließt sich den Aeußerungen des Regierungskommissärs Staatsrath Nebenius an, und wünscht, daß an den bestehenden Einrichtungen der Universitäten festgehalten werde. Den Tüchtigen im ganzen Staate — sagt er — gebühren die größten Belohnungen, und für diese sind auch die Kollegiangelder; sie verdienen sie, und sie allein werden sie auch erhalten, da die Studenten sehr bald die bessern Lehrer von den schwächern zu unterscheiden wissen. Der Redner wünscht ferner, daß die akademische und die Lehrfreiheit nicht unterdrückt werde, und fügt in Beziehung auf den jetzigen Geist der Universitäten bei, daß jeder, der die deutschen Universitäten seit einem Menschenalter beobachtet habe, zugeben müsse, daß dieselben eine wahre große Reform erlebt haben. Diese Reform sey aber nicht durch äussere Regierungs- und Zwangemaaßregeln bewirkt worden, sondern durch jenen höheren, freieren und edleren Geist, der seit den großen Freiheitskriegen die deutsche Nation und zunächst die wissenschaftlich gebildete Jugend und die Gelehrten ergriff. Seit dieser Zeit ist eine ganze Masse von Rohheit und Gemeinheit

aus der akademischen Welt ausgestoßen worden, und auch der wissenschaftliche Geist und Fleiß hat zugenommen.

Buß: Die Universitäten Deutschlands sind in neuerer Zeit wiederholt und oft von Unberufenen angegriffen worden, namentlich auch in Beziehung auf die Lehrmethode. Man tadelt vor Allem, daß die Studierenden bei dem Unterrichte zu passiv sind. Ich gebe diesen Vorwurf, welchen auch der Kommissionsbericht enthält, theilweise zu. Allein gleichwohl wünsche ich, daß die Sache nicht zu schülerartig gehalten werde. Gewiß sind fortlaufende Vorträge in ihrer freien dialektischen Fortbewegung zweckmäßig; sie allein dienen der würdigen Entwicklung der Ideen; die getadelte Passivität der Zuhörer wird durch Examinatorien beseitigt, und kann an kleineren Universitäten dadurch entfernt werden, daß Streitfragen zur Bearbeitung nach Hause gegeben werden. Diese Arbeiten der Zuhörer werden dann in der Vorlesung öffentlich beurtheilt. Ich habe diese Methode befolgt, und zwar mit Erfolg, mit großer Theilnahme der Zuhörer. Was die Kollegiangelder betrifft, so schlicke ich mich den Ansichten des Abg. Welcker an; die Aufhebung der Kollegiangelder wäre eine Prämie für die Unfähigkeit und Trägheit. In unserem Lande ist aber dieses Verhältnis nicht gehörig geordnet. Ich wünsche die Regulirung dieses Verhältnisses im Interesse der Studierenden und Lehrer. Ich halte das preussische System in dieser Beziehung für das zweckmäßigste, und frage den Hrn. Regierungskommissär: ob die Regulirung dieser Sache bald zu erwarten sey?

Selt: Die Aufhebung der Kollegiangelder läßt sich mehr theoretisch als praktisch bestimmen oder ausführen. Ich bin, was die Lehrart betrifft, sehr für die Examinationsmethode. Ich halte sie für äußerst zweckmäßig und nützlich. Ich weiß dies aus eigener Erfahrung. Der Abg. Duttlinger, mein ehemaliger Lehrer auf der Universität, hat in dieser Beziehung eine Methode, die ich nicht genug loben kann, und ich wünsche, daß dieselbe, oder eine ähnliche, auch auf andern Universitäten angeordnet werden möchte.

v. Rotteck lenkt den Blick auf die gestern von dem Abg. Trefurt gestellte Frage in Beziehung auf die akademischen Gesetze, von welchen er verlangt, daß sie auf gesetzlichem Wege erlassen werden, da sie insbesondere eine Reihe von Strafbestimmungen enthalten, die nur auf verfassungsmäßigem Wege, d. h. durch die drei Faktoren der Gesetzgebung, gegeben werden können. Der Redner geht auf die Prüfung der einzelnen Strafbestimmungen ein, und stellt den Antrag, daß alle jene Bestimmungen der akademischen Gesetze, welche gesetzlicher Natur seyen, von der Kammer reklamirt werden mögen.

Staatsrath Nebenius und Duttlinger erwidern ausführlich auf v. Rotteck's Antrag. Letzterer führt zum Ruhme der Akademiker in Freiburg an, daß die dortige Universität die einzige in ganz Deutschland sey, von welcher kein Akademiker weder mittelbar, noch unmittelbar

kompliziert gewesen sey in all den stattgehabten politischen Aufregungen.

Weller unterstützt eventuell den Rotteck'schen Antrag und macht den Vorschlag, den Gegenstand an die Kommission zu weisen, um darüber Berathung zu pflegen und Bericht zu erstatten.

Minister Winter widersetzt sich diesem Vorschlag und erklärt, daß die akademischen Gesetze nur Disziplinarstrafen enthalten, welche in Folge eingetretener Ereignisse eigentlich noch mehr hätten verschärft werden sollen, und daß die Regierung diese Gesetze nicht vorlegen werde.

Minister v. Blittersdorff spricht in demselben Sinne und fordert die Kammer auf, zur Tagesordnung überzugehen, da dieser Gegenstand weder zur Diskussion vorbereitet sey, noch zur heutigen Tagesordnung gehöre.

Zentner theilt v. Rotteck's Ansicht, daß die akademischen Gesetze in den Kreis der Gesetzgebung gehören, und unterstützt dessen Antrag mit dem Anfügen, daß auch der Abg. v. Rotteck früher mit gleichfalls ersprießlichem Erfolge die Examinationsmethode gebraucht habe.

Mördes unterstützt auch den Rotteck'schen und Weller'schen Antrag, und führt als Hauptmotiv die auf einem frühern Landtag von einem Regierungskommissär gegebene Zusicherung der Vorlage an.

Tresurt tritt ebenfalls den beiden Vorschlägen von Rotteck und Weller bei, glaubt aber, daß, wenn die Regierung auch keine Vorlage machen sollte, sie doch gewiß die betreffenden Bestimmungen der akademischen Gesetze außer Wirksamkeit setzen werde. Er verbreitet sich sofort über die Bemerkungen der frühern Redner, und schließt mit dem Wunsche, daß die Universität Heidelberg endlich einmal einen Lehrer des badischen Landrechts erhalten möge.

Nebenius erwidert, daß in Heidelberg über den Code Napoleon ein Kollegium gelesen werde, nicht aber über das badische Landrecht. Er hält dieses auch nicht für nothwendig, da jeder, der mit dem Code Napoleon vertraut sey, sich bald auch mit dessen Zusätzen bekannt gemacht habe.

Aischbach: Ich halte eine Vorlesung über den badischen Prozeß für nothwendiger.

Nebenius bestätigt dies.

Christ widersetzt sich in ausführlicher Rede dem Weller'schen Antrag.

Knapp glaubt, daß der privilegierte Gerichtsstand der Universitäten aufgehoben werden sollte. Er ist erstaunt über die Bemerkung, daß das badische Landrecht auf der Universität Heidelberg, welcher das Land so viele Dotationszuschüsse gebe, nicht gelehrt werde, und meint, man sollte für dieselbe so lange 2000 fl. weniger bewilligen, bis diese Wissenschaft dort doziert werde.

Sander unterstützt den Antrag auf Zurückweisung an die Kommission, und zeigt, wie dringend nothwendig es sey, die Frage über Aufhebung der Kollegienelder einer reiflichen Prüfung zu unterwerfen.

Die Kammer beschließt:

1) dem Antrag des Abg. Weller die Zustimmung zu geben, und

2) für die Universität Heidelberg die verlangte Summe von 85,223 fl. zu bewilligen.

B. Universität Freiburg.

Kommissionsanträge:

1) den für den Kurator geforderten 400 fl. die Bewilligung zu versagen;

2) im Uebrigen die zur Dotation der Universität Freiburg einschließlich der Entschädigung für entzogene Ohngelds- und Klostergefälle im Betrag von 6143 fl. geforderte Summe von jährlichen 26,143 fl. und 15,000 fl. zu bewilligen;

3) den Wunsch auszusprechen, daß, in Anbetracht der auf der Universität dermal ruhenden schweren und außerordentlichen Pensionslast, eine vorübergehende Dotationserhöhung von 3000 fl. in das Budget aufgenommen werde.

Zu 1 schlägt Duttlinger die Bewilligung dieser 400 fl. vor. Magg, Schaaff, Buß, Schinzinger u. A. unterstützen diesen Antrag. Die Kammer verwirft denselben. Ziff. 2 wird ohne Diskussion angenommen. Zu 3 beantragt Duttlinger: entweder diese Dotationserhöhung jetzt gleich in das Budget aufzunehmen, oder eventuell: daß die Kammer durch eine Adresse an Seine königliche Hoheit den Großherzog um Aufnahme der Summe von 3000 fl. bitten möge. v. Islein glaubt, daß der kürzeste Weg der wäre, der Regierung den Kredit zu eröffnen. Schinzinger unterstützt den Antrag des Abg. Duttlinger. Die Regierungskommissäre erklären, daß entweder der Vorschlag des Abg. v. Islein oder der des Abg. Duttlinger auf Uebergabe einer Adresse gewählt werden möchte. Die Kammer nimmt den ersten Antrag von Duttlinger an: jetzt gleich die Summe von 3000 fl. in das Budget aufzunehmen.

Für den Fall, daß die Regierungskommission bis zur Zusammenstellung des Budgets ihre Zustimmung zu der Aufnahme dieser von der Kammer bewilligten Summe nicht erteilen sollte, beschließt die Kammer ferner: daß alsdann diese Summe (jedoch ohne Präjudiz für die Frage über die Verwendung der Staatsgelder, zu deren Aufnahme die Regierung nicht zustimmt) der Regierung als Kredit eröffnet seyn soll.

II. Gelehrter Schulunterricht.

Die Kommission beantragt:

„die Kammer möge den Wunsch zu Protokoll niederlegen, daß es der großh. Regierung gefallen wolle, sowohl durch eine zweckmäßige Vertheilung der Lehrstunden, als auf andern Wegen eine hinlängliche Beschränkung des griechischen Sprachunterrichts zu bewirken.“

Duttlinger, indem er sich für diesen Vorschlag erklärt, stellt und begründet zugleich in Bezug auf die Stellung der philosophischen Fakultäten an beiden Landesuniversitäten den Antrag: „die Kammer möge entweder zu Protokoll, oder in Form einer Adresse den Wunsch aussprechen, daß es der Regierung gefallen wolle, mit angemessener

den Modifikationen die frühere Einrichtung ferner beizubehalten oder wieder herzustellen, wonach es

- 1) den Schülern nach Zurücklegung der letzten Gymnasialklasse frei stehen solle, entweder in die zweijährige Lyzealklasse, oder zu dem zweijährigen philosophischen Lehrkurs an der Universität überzugehen; wornach ferner
- 2) der philosophischen Fakultät, wie es dem Lehrpersonale der Lyzeen gestattet ist, ebenfalls gestattet seyn soll, unter Mitwirkung eines großh. Kommissärs mit ihren Schülern die vorgeschriebene Maturitätsprüfung vor Uebertritt zu dem Fachstudium auf dieselbe Weise vornehmen zu dürfen, wie sie für dieselben bei dem Lyzeum in Karlsruhe statt finden soll.

Ueber diese Vorschläge sprechen in umständlichen Reden der Regierungskommissär Staatsrath Nebenius, dann die Abgeordneten Welcker, Maß, Buß, Sander, v. Rotteck, Kröll, Kuenzer, Selzam und Trefurt. Sander wünscht insbesondere, daß das Studium der griechischen Sprache ganz fakultativ seyn sollte.

Die Kammer beschließt: den Kommissionsantrag und jenen des Abg. Dutilinger anzunehmen.

Karlsruhe, 26. Juli. 67te öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, unter dem Voritze des Präsidenten Mittermaier. Auf der Estrade der Regierung: Staatsminister Winter und Fehr, v. Blittersdorff, Staatsrath Nebenius und Ministerialassessor v. Marschall.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit der Anzeige, daß die erste Kammer die Adresse der zweiten Kammer an Seine königliche Hoheit den Großherzog auf Einführung eines schiedsgerichtlichen Instituts einstimmig, wie früher die zweite Kammer, angenommen hat.

Neue Eingaben sind nicht eingekommen.

Der Abg. Speyerer übergibt den Kommissionsbericht über den vom Kriegsministerium vorgelegten Gagentarif für das großh. Linienmilitär. Der Bericht wird sogleich dem Druck übergeben.

Darauf beginnt die Fortsetzung der gestern abgebrochenen Diskussion über den Trefurt'schen Bericht, das Unterrichtswesen zc. betr.

S. 3. Oberstudienrath.

Die Kommission schlägt vor: Sowohl den alten Budgetsatz mit 3200 fl. als den nachträglichen mit 1950 fl. zusammen also jährlich 5150 fl. zu bewilligen.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Welcker über das wünschenswerthe Fortschreiten des Schulwesens, insbesondere der Gewerbschulen, und nach einer darauf erfolgten Erwiderung des Regierungskommissärs Staatsrath Nebenius, erwähnt der Abg. Mördes rühmlich der thätigen Bestrebungen des Bürgermeisters von Heidelberg (Abg. Speyerer), dem das Verdienst der Errichtung einer Gewerbschule daselbst gebühre.

v. Jhstein begründet den dringendsten Wunsch, daß

sobald als möglich die höheren Bürgerschulen ins Leben gerufen werden mögen, und stellt den Antrag, die schon früher zu diesem Zweck bewilligten 8000 fl. der Regierung als Kredit zu eröffnen.

Magg und Kröll unterstützen diesen Antrag auf das Lebhafteste. Minister Winter erwidert: Es war der Plan, die lateinische Schulen, welche einen Fond haben, in höhere Bürgerschulen umzuwandeln; die Regierung hat deshalb Entbindungen eingezogen, wo solche Schulen errichtet werden wollen, und zu diesem Ende eine nicht unbedeutende Summe in das Budget aufgenommen. Will die Kammer noch mehr bewilligen, so hat die Regierung dagegen nichts zu erinnern. Staatsrath Nebenius führt aus, daß 8000 fl. zu wenig seyen, um den Zweck zu erreichen, welcher dem Unterricht an den höheren Bürgerschulen zum Grunde liege. Gerbel ist derselben Ansicht und glaubt, daß, wenn die höheren Bürgerschulen so eingerichtet werden, wie es der Lehrplan vorschreibt, die gelehrten Schulen fast leer bleiben werden, weswegen die höheren Bürgerschulen, zum Besten des wünschenswerthen Zwecks, mit den gel. Schulen zweckmäßig verbunden werden sollten. Trefurt spricht in demselben Sinne, erläuternd, daß die Regierung wirklich beabsichtige, eine solche Verbindung, jedoch nur in den niedern Klassen der gelehrten Schulen, stattfinden zu lassen.

Diesen Antrag unterstützt auch der Abg. Scheffel mit dem Wunsche: daß in der Stadt Schopfheim gleichfalls eine höhere Bürgerschule errichtet werden wolle.

Die Kammer beschließt:

- 1) den Antrag des Abg. v. Jhstein: „die Kammer möge zu Protokoll erklären, daß der Regierung ein Kredit von 8000 fl. eröffnet sey, um damit auch schon vor dem nächsten Landtage da, wo es nothwendig ist, höhere Bürgerschulen mittelst Zuschüssen zu den Anstalten von Seiten der Staatskasse ins Leben zu rufen“, anzunehmen;
- 2) die Position, wie sie im oben angeführten Kommissionsantrag enthalten ist, im Betrag von 5150 fl. zu bewilligen.

(Schluß folgt.)

Tagesordnung der zweiten Kammer (68ste öffentliche Sitzung) auf Donnerstag, den 27. Juli, Vormittags 8 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben und Motionen. 2) Fortsetzung der Diskussion über das außerordentliche Budget. 3) Diskussion über den Bericht des Abg. v. Dürreheim, die vom großh. Finanzministerium erlassenen provisorischen Gesetze betr.

B a i e r n.

München, 21. Juli. Se. k. Hoh. der Kronprinz von Schweden ist gestern hier angekommen und im Palast seiner königlichen Schwiegermutter, der Frau Herzogin von Leuchtenberg, abgestiegen, die wegen dieser Ankunft von ihrem Landhause zu Jönaning in die Stadt gekommen war. — Se. Hoh. der Kurprinz und Mitregent von Kurhessen ist nach einigen Tagen Aufenthalt von hier nach

**Salzburg abgereist. Er hat das Inognito beibehalten, und keine Besuche gemacht.** (N. Z.)

### Freie Stadt Frankfurt.

Frankfurt, 21. Juli. Im April fand sich die ständige Bürgerrepräsentation veranlaßt, zur Vermeidung künftiger Störungen des hiesigen Handels- und Gewerbeverkehrs die schon öfters angeregte Tarifrung gewisser Geldsorten von Neuem zur Sprache zu bringen und bei hohem Senate zu beantragen, daß eine Tarifrung des preussischen Thalers in ganzen, Drittel- und Sechstelstücken, insofern diese Theilstücke dem Gehalte des ganzen Thalers gleich kommen, so wie des Fünffrankenthalers, alsbald vorgenommen werde. Hoher Senat hat hierüber, wie verlautet, sofort von hochl. Reschenei- und Rentenamte nach vorgängiger Vernehmung und eingelangtem Gutachten löblicher Handelskammer Bericht erfordert, und in Gefolge dieses Berichtes löblicher ständigen Bürgerrepräsentation kürzlich eröffnet, daß weder auf die Tarifrung der Fünffrankenthaler, noch auf jene der Theilstücke des preussischen Thalers und auf die Tarifrung der ganzen preussischen Thaler einzugehen stehe. (Frff. Jhrbch.)

### Königreich Sachsen.

Für das gegenwärtige Sommerhalbjahr sind in dem Zeitraume vom 3. Dezember 1836 bis zum 1. Juli dieses Jahres auf der Universität Leipzig überhaupt 176 Studirende, nämlich: 119 Inländer und 57 Ausländer inskribirt worden. Von den vorerwähnten Inskribirten studiren: 58 Theologie, nämlich 46 Inländer und 12 Ausländer; 66 Jurisprudenz; 47 Inländer und 19 Ausländer; 29 Medizin, Chirurgie und Pharmazie, nämlich 18 Inländer und 11 Ausländer; 23 Philosophie, Philologie, Mathematik und Kameralia, nämlich 8 Inländer und 15 Ausländer.

### Oesterreich.

Wien, 18. Juli. Am 29. geht Se. k. H. der Erzherzog Ludwig ebenfalls nach Ischl ab, so daß mit Ausnahme J. M. der Kaiserin Mutter und J. k. H. der Erzherzogin Maria Anna dann Niemand von der k. Familie im Schloß von Schönbrunn mehr anwesend ist.

Wien, 18. Juli. Der hier verweilende Unterstaatssekretär Sr. Heil. Mest. Capaccini, ist ein geborner Sizilianer. Er war früher Professor der Astronomie. Seine Sendung führt ihn von hier nach Lößlitz, wo sich Se. M. der König von Preußen befindet, um höchstbesien Beistand zur Unterdrückung der hermetischen Lehre zu erbitten. Es hat also die neuerliche Berufung der Professoren zu Köln an den heiligen Stuhl nicht die gehofften Resultate einer Annäherung und Gutheißung dieser Lehre gehabt. (N. E.)

Prag, 16. Juli. Zu der im Sept. d. J. hier statt findenden Zusammenkunft der Naturforscher haben Se. Maj. der Kaiser 6000 fl. R. M. angewiesen.

(Preuß. Sttg.)

### Großbritannien.

London, 20. Juli. Die neue Eisenbahn von Birmingham nach Liverpool hat in der ersten Woche 5000 Pf. St., in der zweiten 7000 Pf. Sterl. ertragen. (Times.)

### Frankreich.

Paris, 23. Juli. Die heutigen Blätter theilen das Programm der Julifeste mit; es enthält nichts besonders Erwähnenswerthes.

— Der König hat 200 Fr. zur innern Ausstattung der Kirche von St. Mandé, bei Paris, geschenkt.

— Bei der vorgestern in Hrn. Berryer's Landwohnung zu Angerville gleichzeitig mit der pariser vorgenommenen Hausvisitation haben die Gerichtsbeamten, nach der sorgfältigsten Durchsichtung, bloß einige, wie es scheint verdächtige, Briefe mitgenommen.

— Der *Moniteur* veröffentlicht in seinem offiziellen Theile den Text des neuen Gesetzes über die Nationalgarde von Paris und ebenso den Text des Gesetzes über die Municipalverwaltung.

— Die *Gazette des Tribunaux* sagt, mehr als 800 Personen seyen auf nächste Woche vor das Polizeigericht zitiert, weil sie polizeivorschriftswidrig ihren Hunden keine Maulkörbe angelegt haben.

— Das *Journal des Debats* erzählt: Ein vor zwei Monaten verstorbenen Börsensensal, ein Hr. D., hatte mit einem Hrn. B., einem reichen Kapitalisten, eine mündliche Wette gemacht gehabt. Vorgestern nun kam Hr. B. zu der Wittwe des Hrn. D., sagte ihr, ihr verstorbenen Gatte habe eine Wette von 16,000 Fr. gegen ihn verloren, und er wolle nun fragen, ob sie diese Schuld, obschon er deren Vorhandenseyn nur mit seinem Worte beweisen könne, zu tilgen gedente. Mad. D. öffnete ohne Zögern ihren Kist, nahm ein Portefeuille heraus und wollte eben dem Hrn. B. die Summe hinzählen, als dieser ihr Einhalt that und sagte: „Da Sie die Wette für gültig halten, Madame, so sind hier 16,000 Fr.; ich hatte sie verloren.“

— Der „*Garde National*“ von Marseille vom 18. d. M. sagt, die vom *Moniteur* mitgetheilte Nachricht, daß Hr. Jauffret in der marseiller Stadtbibliothek eine eigenhändige Relation Napoleons über den ägyptischen Feldzug aufgefunden habe, sey irrig.

— Nachrichten aus Marseille vom 18. d. zufolge sind dort auf dem so eben von Konstantinopel zurückgekommenen Dampfschiff „*Leonidas*“ Pestfälle vorgekommen, worunter zwei tödtliche.

— Vier der lyoner *Mai-Annestirten*, welche sich der noch über sie verhängten polizeilichen Aufsicht entzogen hatten, sind hierwegen von dortigem Zuchtpolizeigericht — zwei zu 3tägiger, einer zu 3monatlicher und einer zu 5monatlicher Haft verurtheilt worden; sie wollen übrigens appelliren.

— Die „*Presse*“ behauptet, daß die vom *Oppositionsblatt* „*Siècle*“ gebrachte Nachricht von einer Abvalität zwischen General Daurmont und General

Bureau wegen des Oberbefehls bei der Expedition gegen Constantine, wie sie aus einem ihr vor Augen gelegenen Schreiben des Generals Bugeaud, worin dieser den General Damremont als den geeignetsten Mann zur Uebernahme jenes Kommando's bezeichneth, versichern könne, ganz grundlos sey.

— Der Londonais schreibt unter der Rubrik Algier, daß das zur Besatzung von Belida ausgesandte französische Korps von den Einwohnern mit Flintenschüssen empfangen worden sey, und sich zurückgezogen habe.

†○ Paris, 24. Juli. Heute schon ist an allen Straßenecken das Programm der Julifeste zu lesen. Dasselbe enthält mehrere neue Artikel: z. B. eine Luftfahrt der Dlle. Garnerin, ein Fischerstechen, eine illuminierte Flotte. — Es ist ernstlich die Rede von einer Vermählung der Prinzessin Klementine mit dem Prinzen Viktor Ludwig von Koburg. — Die politische Heimsuchung der drei Legitimisten hat den Unwillen der ganzen Oppositionspresse erregt; die H. H. Genoude und Walsh sind vorgeladen worden; bis jetzt sind aber beide noch abwesend.

#### Spanien.

†○ Madrid, 16. Juli. Seit einigen Tagen aufsert sich die Willkür des Ministeriums wieder stärker. Zahlreiche Verhaftungen haben gestern stattgefunden. Angeblich ist eine carlistische Verschwörung entdeckt worden; die Details sind unbekannt, aber man schätzt die Zahl der Verhafteten auf 40. Ein neues Besteuerungsprojekt, welches Hr. Mendizabal aufgefunden hat, wird dem Ministerium nicht viele Freunde machen. Es handelt sich um eine Kriegsteuer von 50 Millionen [Realen?]. Diese Finanzmaßregel gibt der Emigration einen neuen Impuls. Man kündigt die Abreise des Herzogs von Villa Hermosa, u. des Grafen von Salvatierra an. — H. Acunba [?] bringt in das Ministerium nichts als guten Willen; er ist eine Nullität, die in der politischen Wagschale wenig bedeuten wird. — Der Prätendent ist durch die Stimmung der Bevölkerung in der Nähe von Valencia aus der Fassung gebracht worden. Er hat sich gegen Guenca gewendet, wo er 800 — 1000 Reiter zu finden hofft. Die Expedition, 18,000 Mann Infanterie und 1000 Pferde stark, scheint keine bedeutenderen Resultate haben zu sollen, als die des Gomez. Indessen wendet der Prätendent mehr Charlatanerie auf, als jemals. Er beschränkt sich nicht darauf, den Cabrera, Serrador u. s. w. Adelstitel zu verleihen, sondern spielt auch den kön. Histrionen in allen Städten, die er durchzieht. Man sieht ihn sich auf den Balkons zur Schau stellen en grande tenue, kurzen Hosen, seidnen Strümpfen, und seine Anhänger in feierlicher Sitzung unter dem Brüllen seiner Horden empfangen.

†○ Saragossa, 18. Juli. Der Prätendent ist in Requena, zwischen Valencia und den Defileen von las Cabrillas. Kangustera bewacht die Brücke von Hajar; Draa ist in Chelva; Espartero hat sein Hauptquartier in Guadalarara und Buerens hat sich zu ihm auf den Weg gemacht.

†○ Bayonne, 20. Juli. Der neulich von den

Carlisten aufgefangene Kurier der französischen Gesandtschaft ist freigelassen worden. Er hat seine Depeschen gerettet. Wir haben keine neueren Nachrichten, als die, welche die Bewegung von 10 — 13 carlistischen Bataillonen meldeten. Man glaubt, daß sie bestimmt sind, Espartero aufzuhalten oder die regulären Truppen des Don Carlos zu verstärken, da das Korps Cabrera's keineswegs organisiert ist, wie man behauptete.

†○ Bayonne, 20. Juli. Das Resultat des Treffens bei Urnieta vom 17. ist auf beiden Seiten fast gleich gewesen. Man schätzt den beiderseitigen Verlust auf 20 Tode und 100 Verwundete. Die verwundeten Carlisten sind nach Tolosa gebracht worden. Nach dem Kampfe nahmen beide Theile ihre Stellungen wieder ein.

†○ Schluß der gestern abgebrochen gegebenen telegraphischen Depesche aus Bayonne vom 22. Juli: „Ein beabsichtigter Angriff von vier carlistischen Bataillonen gegen die Linie von Zubiri ist durch das Ausrücken von 4000 Mann aus Pampelona vereitelt worden; es kam nicht zum Treffen.“

Paris, 24. Juli. La Charte von gestern Abend sagt unter dem Datum Marseille, 22. Juli: Das Paketboot la Mediterranée, welches am 16. von Valencia ausgelaufen ist, hat Briefe gebracht, welche die Details einer mörderischen Schlacht enthalten, die nahe bei dieser Stadt zwischen der Division des Draa und der Arriergarde des Don Carlos statt gefunden hat. Die Resultate dieses Kampfes sind noch nicht offiziell in Valencia bekannt, doch das Gerücht nennt sie der konstitutionellen Sache ungünstig.

Paris, 24. Juli. Telegraphische Depesche:

„Bordeaux, 23. Juli, Nachmittags 5 Uhr.“

Am 15. attackirte u. schlug Draa, in der Umgegend von Chiva, den Prätendenten, der noch immer die Richtung von Guenca einzuhalten scheint, und dessen Hauptquartier an jenem Tage zu Brenol war. Die Carlisten verloren gegen 2000 Mann. Einige Ausreißer und Gefangene kamen am 16. in Valencia an. — Auch der Baron de Meer hat einen Vortheil zu Prats de Leufanes erfochten, wo der Feind in die Flucht geschlagen ward. Auch das bei Berga verlorene Geschütz wurde wieder erobert.“

#### Mexiko.

Nachrichten aus Mexiko vom 12. v. M. zufolge hat man 8 Stunden von Chihuahua Gold- und Silberminen entdeckt; die Anzeige dieser Entdeckung ist der mexikanischen Regierung bereits offiziell zugekommen.

(Journ. des Deb.)

#### Nordamerika.

Nachrichten aus New-York (über Havre vom 21. v. M.) zufolge bietet dort seit drei Tagen, ohne daß man eigentlich die Veranlassung weiß, die Börse einen günstigen Anblick dar; die Fonds sind von 2 bis zu 5 Proz. gestiegen. Baares Geld ist übrigens immer noch mit einer Prämie von 12 Proz. gesucht.



Staatspapiere.

Wien, 20. Juli. Bankaktien 1370; 3prozent. 76<sup>3</sup>/<sub>8</sub>; Nordbahn 113; Mail. C. B. 110<sup>3</sup>/<sub>8</sub>.  
 Pariser Börse vom 24. Juli. 5proz. konsol. 110 Fr. — 3prozent. konsol. 79 Fr. — Spanische Akt. 22; Pass. 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — Portug. 3proz. 25<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — St. Germain Eisenbahnaktien 995 Fr. — Versailler Eisenbahnaktien, rechtes Ufer, 700 Fr.; linkes do. 615 Fr. — Mühlhausen-Thanner Eisenbahnaktien 587 Fr. 50 Ct.

Kurs der Staatspapiere in Frankfurt.

Den 25. Juli, Schluß 1 Uhr.	Art.	Proz.	Wert.
Österreich	Metall. Obligationen	5	104 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
"	do. do.	4	99 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
"	do. do.	3	75 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
"	Bankaktien		1644
"	fl. 100 Loose bei Rothf.		224
"	Partialloose do.	4	141 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
"	fl. 500 do. do.		114
"	Bethm. Obligationen	4	98 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
"	do. do.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	100 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Preußen	Staatsschuldschein	4	104
"	d. b. d. in End. à fl. 12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> .		—
"	Prämienchein		62 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Bayern	Obligationen	4	101 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Frankfurt	Obligationen	4	101 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
"	Eisenbahnaktien. Aglo		64 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Baden	Rentenschein	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	101 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
"	fl. 50 Loose b. Gollu. S.		93 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Darmstadt	Obligationen	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	100 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
"	fl. 50 Loose		59 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
"	fl. 25 Loose		23 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Raffau	Obligationen b. Rothf.	4	100 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
"	do. do.	3	95
Holland	Integrals	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	52 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Spanien	Aktivschuld	5	16 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Polen	Lotterieloose fl.	...	64 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
"	do. à fl. 500		76

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Ph. Macklot.

Auszug aus den Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

25. Juli	Baromet.	Thermomet.	Wind.	Witterung überhaupt.
M. 8	U. 273.11,38	13,8 Gr.üb. 0	N	trüb
N. 3	U. 273.11,58	16,6 Gr.üb. 0	SW	trüb
N. 11 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	U. 273.11,78	9,8 Gr.üb. 0	N	heiter

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, den 27. Juli: Fluch und Segen, Drama in 2 Aufzügen, von Houwald. Mad. Schröder.

der: Margaretha. Hierauf: Neba, Melodrama in 1 Aufzuge, von Gotter; Musik von Benda. Mad. Schröder: Neba.

Freitag, 28. Juli: Johann von Paris, komische Oper in 2 Aufzügen, von Boieldieu. Mad. Frauchetti, Walzel: Prinzessin von Navarra. Dem. Maria Henkel: Olivier.

Karlsruhe. (Anzeige.) Wir sind beauftragt, mehrere Stücke ertlinger Spinnerei- und Webereaktien unter pari zu verkaufen.

Lvw. Homburger und Söhne.

Stadt Rehl. (Zwangsversteigerung.) Da nach dem Schluß der letzten Versteigerungsverhandlung, der in die Lorenz Knöbelsche Gantmasse dahier gehörigen zweistöckigen Behausung mit der Schildderechtigkeit zum goldenen Löwen, sammt Zugehörde, verschiedene Nachgebote geschehen sind, so wird hiermit eine dritte und letzte Versteigerung derselben auf

Samstag, den 29. Juli d. J.,

Nachmittags 2 Uhr,

auf dem hiesigen Rathhause anberaumt, wobei jedoch ausdrücklich bedungen wird, daß der endgültige Zuschlag erfolge, wenn auch der Schätzungspreis nicht erlöset wird, und daß auf keinen Fall ein Nachgebot mehr angenommen werde.

Man ladet die Liebhaber zu dieser Versteigerungsverhandlung ein, mit dem Bemerkten, daß auswärtige Steigerer sich mit den nöthigen Vermögenszeugnissen auszuweisen haben, und die näheren Bedingungen am Versteigerungstage eröffnet werden, inzwischen aber bei dem unterzeichneten Bürgermeisterramt vernommen werden können.

Stadt Rehl, den 14. Juli 1837.

Bürgermeisterramt.

J. J. Krapp.

Oberkirch. (Bauaktforderversteigerung.) Samstag, den 29. d. M., Morgens 10 Uhr, wird im Badwirthshause zu Petersthal die Bauausführung einer Vergrößerung am Fördsterhause daselbst, im Anschlag zu 1592 fl. 51 kr., an den Wenigstnehmenden öffentlich versteigert werden; welches mit dem Anfügen hierdurch bekannt gemacht wird, daß bei dieser Verhandlung nur Steigerer, welche sich über ihre Befähigung und Solidität genügend auszuweisen vermögen, angenommen werden.

Nis und Ueberschlag können bis dahin auf diesseitigem Geschäftszimmer eingesehen werden.

Oberkirch, den 18. Juli 1837.

Großh. badische Forstkasse.

Gerstenmaier.

Nro. 1431. Offenburg. (Schuldenliquidation) Der ledige großjährige Bürgersohn, Michel Schwendenmann von hier, will nach Nordamerika auswandern.

Es wird daher Tagfahrt zu dessen Schuldenliquidation auf

Dienstag, den 1. August d. J.,

früh 9 Uhr,

auf diesseitiger Kanzlei anberaumt, wobei dessen sämtliche Gläubiger zu erscheinen und ihre Forderungen in Person, oder durch gehörig Bevollmächtigte, unter Vorlage der Beweisurkunden geltend zu machen haben, andernfalls ihnen später zur Zahlung nicht mehr verholfen werden könnte.

Offenburg, den 17. Juli 1837.

Großh. badisches Oberamt.

Kern.

vdt. Ganther.

Mit einer Beilage.